



An die
Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Frau Ilse Aigner
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Deutscher Raiffeisenverband e. V.

DER PRÄSIDENT

Pariser Platz 3
10117 Berlin

31. August 2009

EU-Schulobstprogramm

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

mit großem Bedauern nehme ich zur Kenntnis, dass bis zur Stunde zwischen Bund und Ländern keine Einigung über die Kofinanzierung des Schulobstprogramms in Deutschland erreicht werden konnte. Es wäre fatal, wenn sich die Politik im föderativen System der Bundesrepublik nicht darauf verständigen könnte, die Kofinanzierung des EU-Schulobstprogramms in Höhe von 20 Mio. Euro zu vereinbaren und sicherzustellen. Weder die Schulkinder noch ihre Eltern, aber auch weite Teile der Gesellschaft würden nicht verstehen, wenn es bei dieser Nicht-Einigung bliebe.

Ich möchte Sie daher im Interesse der Sache, von der ich in jeder Beziehung überzeugt bin, persönlich - aber auch aus Sicht der genossenschaftlichen Obst- und Gemüsewirtschaft, dringend bitten, bei den Beratungen vor und im Vermittlungsausschuss am 8. September 2009 auf eine Einigung zwischen Bund und Ländern hinzuwirken. Ob eine anteilige Übernahme der Kofinanzierungskosten durch Bund und Länder ein Lösungsansatz ist, vermag ich im Detail nicht zu beurteilen, erscheint mir aber ein plausibler Einstieg für das erste Jahr der Schulobstregelung. Ich setze auf den Einigungswillen im Vermittlungsausschuss bei allen Beteiligten und verbleibe für heute

mit freundlichen Grüßen

Manfred Nüssel